

8. Jahresbericht des Präsidenten

In den vergangenen zwei Jahren wurde unser Alltag spürbar durch die COVID-19-Pandemie geprägt. Seit 1. April 2022 befinden wir uns wieder in der normalen Lage und haben uns schnell an die herbeigesehnte „Normalität“ gewöhnt, vielleicht aber auch nicht oder nur gegen unseren Willen. Gewiss dürfte sein, dass jede und jeder für sich selbst wertvolle Erkenntnisse gewinnen konnte, die aufzeigten, welche Dinge gut und richtig für das eigene Wohl sind oder sein könnten. Persönlich habe ich aber hin und wieder die Erfahrung gemacht, dass Veränderungsprozesse nicht immer einfach sind, vor allem dann nicht, wenn diese einem selbst betreffen.

So etwa erlebe ich seit Jahren die politische Reformbereitschaft in unserem Kanton. Gewiss ist mit dem überraschenden und radikalen Gegenvorschlag des Regierungsrates Bewegung in die Sache gekommen. Die Notwendigkeit, an den bestehenden Gemeindestrukturen etwas zu verändern, dürfte auch bei der anfänglichen Gegnerschaft zunehmend unbestritten sein. Jedenfalls gibt es kaum mehr sachliche Argumente, welche dagegensprechen. Die Kantonsratssitzung am 21. Februar 2022 hat jedoch gezeigt, dass die Meinungen, wie die Veränderungen in Angriff werden sollten, noch weit auseinanderliegen. Überhaupt war ich überrascht, wie undifferenziert die Voten teils ausfielen. Nachdem der Regierungsrat mit seinem Vorschlag, die Anzahl Gemeinden von heute 20 auf 4 zu reduzieren, bereits vor über einem Jahr aufwartete, hätte ich mir doch sehr gewünscht, dass er seine Vorstellungen zur Umsetzung anlässlich der 2. Lesung einiges konkreter eingebracht hätte. Dies wäre für die anschliessende Volksdiskussion wertvoll gewesen und würde der Idee zur Reduktion der Anzahl Gemeinden mit Blick auf die Abstimmung auch mehr Chancen einräumen. Ohne die Volksdiskussionsbeiträge im Detail und deren Tendenz zu kennen, gehe ich davon aus, dass der kleinste gemeinsame Nenner für ein Volksmehr nach wie vor unsere Volksinitiative oder zwischenzeitlich der von der FDP/Die Liberalen genehmigte Eventualantrag, welcher ebenfalls die Streichung der Gemeindenamen vorsieht, bei Bestandes- und Gebietsänderungen aber die Zustimmung der Stimmberechtigten jeder betroffenen Gemeinde verlangt, ermöglicht.

Sollte dem so sein, wird sich an den bestehenden Gemeindestrukturen wohl kaum etwas ändern, was ich persönlich bedauern würde. Auch der Vorstand hat immer klargemacht, dass er für grössere Strukturveränderungen einsteht, obwohl die inhaltlichen Meinungen auseinandergingen. Mit

unserer Volksinitiative haben wir es erfreulicherweise geschafft, dem Reformprozess neuen Antrieb zu geben. Es wäre wünschenswert, wenn dieser nun dazu genutzt werden könnte, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu vergrössern, um nicht länger im Status quo zu verharren.

Gegen den Vorschlag des Regierungsrates spricht aufgrund der bisherigen Reaktionen, dass dieser Top-Down erfolgt. Führt der Weg von unten nach oben, muss wie erwähnt davon ausgegangen werden, dass sich in absehbarer Zeit kaum etwas ändert, allenfalls durch die Bevölkerung initiierte Gemeindefusionen gewiss aber erfolversprechender sind. Entscheidend wird sein, wie der Kantonsrat im Herbst befinden wird. Gut möglich, dass der Regierungsrat mit Blick auf die 3. Lesung bezüglich seiner Absicht auch nochmals zurückkriechen muss, um die Chancen für eine tatsächliche Veränderung der bisherigen Gemeindestrukturen zu vergrössern. Als bisheriger Bremsklotz und entscheidendes Gremium sehe ich nach wie vor die Gemeindepräsidien. Sie haben es in der Hand, ihre Bevölkerung für die notwendigen Reformen zu gewinnen und, auf welchem Weg auch immer, den Zusammenschluss mit anderen Gemeinden voranzutreiben.

Solange nicht absehbar ist, in welche Richtung sich der Wandel abzeichnet, werden wir unsere Volksinitiative wie erwähnt nicht zurückziehen. Zu viel Energie haben wir in all den Jahren investiert, damit sich an den bestehenden Strukturen etwas ändert. Wir werden deshalb dieses Instrument erst aus der Hand geben, wenn wir über den weiteren Verlauf Klarheit haben werden und hoffen, dass dies spätestens an der 3. Lesung im Kantonsrat der Fall sein wird. Bis dahin verfolgen wir die Devise „lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“. Mit der Wahl zwischen der Volksinitiative und/oder dem Eventualantrag und dem Gegenvorschlag des Regierungsrats anlässlich der Volksabstimmung im Frühjahr 2023 bietet sich hoffentlich dann die Möglichkeit, sogar einen grösseren Entwicklungsschritt für unseren Kanton zu machen...

Im vergangenen Vereinsjahr hat sich der Vorstand zu drei Sitzungen getroffen. Über die Inhalte und Beschlüsse haben wir Sie und teils auch die Öffentlichkeit regelmässig informiert. Weiter haben die Vorstandsmitglieder auch an verschiedenen Anlässen zum Thema „Gemeindefusionen“ teilgenommen und die IG gegen aussen vertreten. Es ist uns wichtig, Sie weiterhin auf dem Laufenden zu halten und verweisen für Informationen auf unserer Homepage www.starkes-ar.ch.

Rehetobel, 13. April 2022 / Der Präsident: Roger Sträuli